Bericht zum LkSG (Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz)

Berichtszeitraum von 01.01.2024 bis 31.12.2024

Name der Organisation: Scout24 SE

Anschrift: Invalidenstraße 65, 10557 Berlin

Inhaltsverzeichnis

A. Strategie & Verankerung	1
A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung	1
A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie	3
A3. Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation	7
B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen	8
B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse	8
B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	15
B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	18
B5. Kommunikation der Ergebnisse	20
B6. Änderungen der Risikodisposition	21
C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen	22
C1. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich	22
C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern	23
C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern	31
D. Beschwerdeverfahren	32
D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren	32
D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren	38
D3. Umsetzung des Beschwerdeverfahrens	40
E. Überprüfung des Risikomanagements	41

A. Strategie & Verankerung

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Welche Zuständigkeiten für die Überwachung des Risikomanagements waren im Berichtszeitraum festgelegt?

Operativ: ESG Team

Menschenrechtsbeauftragter, überwachend: Dr. Christian Ronge

A. Strategie & Verankerung

A1. Überwachung des Risikomanagements & Verantwortung der Geschäftsleitung

Hat die Geschäftsleitung einen Berichtsprozess etabliert, der gewährleistet, dass sie regelmäßig - mindestens einmal jährlich - über die Arbeit der für die Überwachung des Risikomanagements zuständigen Person informiert wird?

Es wird bestätigt, dass die Geschäftsleitung einen Berichtsprozess etabliert hat, der i. S. d. § 4 Abs. 3 LkSG gewährleistet, dass sie regelmäßig - mindestens einmal jährlich - über die Arbeit der für die Überwachung des Risikomanagements zuständigen Person informiert wird.

- Bestätigt

Beschreiben Sie den Prozess, der mindestens einmal im Jahr bzw. regelmäßig die Berichterstattung an die Geschäftsleitung mit Blick auf das Risikomanagement sicherstellt.

Mindestens jährlicher sowie anlassbezogener Bericht über die Umsetzung der Sorgfaltspflichten vom ESG Team an den Vorstand. Zusätzlich regelmäßige Kontrolle der Umsetzung der Sorgfaltspflichten durch den Menschenrechtsbeauftragten. Der Menschenrechtsbeauftragte ist gleichzeitig General Counsel und Teil des erweiterten Managementteams.

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Liegt eine Grundsatzklärung vor, die auf Grundlage der im Berichtszeitraum durchgeführten Risikoanalyse erstellt bzw. aktualisiert wurde?

Die Grundsatzklärung wurde hochgeladen

https://www.scout24.com/media/scout24/Nachhaltigkeit/Grundsatzerklaerung_der_Scout24.pdf

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Wurde die Grundsatzklärung für den Berichtszeitraum kommuniziert?

Es wird bestätigt, dass die Grundsatzklärung gegenüber Beschäftigten, gegebenenfalls dem Betriebsrat, der Öffentlichkeit und den unmittelbaren Zulieferern, bei denen im Rahmen der Risikoanalyse ein Risiko festgestellt wurde, kommuniziert worden ist.

- Bestätigt

Bitte beschreiben Sie, wie die Grundsatzklärung an die jeweiligen relevanten Zielgruppen kommuniziert wurde.

- Mailversand an den Vorstand
- Intranetmeldung an die Mitarbeitenden
- Einbindung in den Geschäftsbericht
- Veröffentlichung auf der Website

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Welche Elemente enthält die Grundsatzklärung?

- Einrichtung eines Risikomanagement
- Jährliche Risikoanalyse
- Verankerung von Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich, bei unmittelbaren Zulieferern und ggf. mittelbaren Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich, bei unmittelbaren Zulieferern und ggf. mittelbaren Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Bereitstellung eines Beschwerdeverfahrens im eigenen Geschäftsbereich, bei Zulieferern und deren Wirksamkeitsüberprüfung
- Dokumentations- und Berichtspflicht
- Beschreibung der festgestellten prioritären Risiken
- Beschreibung von menschenrechtsbezogenen und umweltbezogenen Erwartungen an eigene Beschäftigte und Zulieferer

A. Strategie & Verankerung

A2. Grundsatzklärung über die Menschenrechtsstrategie

Beschreibung möglicher Aktualisierungen im Berichtszeitraum und der Gründe hierfür.

Erstberichterstattung, daher keine Aktualisierung

A. Strategie & Verankerung

A3. Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb der eigenen Organisation

In welchen maßgeblichen Fachabteilungen/Geschäftsabläufen wurde die Verankerung der Menschenrechtsstrategie innerhalb des Berichtszeitraums sichergestellt?

- Personal/HR
- Umweltmanagement
- Einkauf/Beschaffung
- CSR/Nachhaltigkeit
- Recht/Compliance
- Sonstige: Sales

Beschreiben Sie, wie die Verantwortung für die Umsetzung der Strategie innerhalb der verschiedenen Fachabteilungen/Geschäftsabläufe verteilt ist.

Federführend ist das Team ESG zuständig.

Beschreiben Sie, wie die Strategie in operative Prozesse und Abläufe integriert ist.

Federführend ist das Team ESG zuständig, etwa für die Durchführung der Risikoanalyse und das Reporting. Procurement unterstützt operativ beim Austausch mit den Lieferant:innen. People, Sales, Risk und Legal sind Teil einer Arbeitsgruppe, die sich aktuell zweimonatlich zusammenfindet.

Beschreiben Sie, welche Ressourcen & Expertise für die Umsetzung bereitgestellt werden.

Arbeitszeit und Arbeitskraft, Einführung eines Lieferkettenmanagementtools, Einbindung von externen Beratern nach Bedarf, darüber hinaus Austausch über Unternehmensnetzwerke wie dem UNGC und Econsense.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurde im Berichtszeitraum eine regelmäßige (jährliche) Risikoanalyse durchgeführt, um menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken zu ermitteln, zu gewichten und zu priorisieren?

- Ja, für den eigenen Geschäftsbereich
- Ja, für unmittelbare Zulieferer

Beschreiben Sie, in welchem Zeitraum die jährliche Risikoanalyse durchgeführt worden ist.

2024-01-01 - 2024-12-31

Beschreiben Sie das Verfahren der Risikoanalyse.

Die Risikoanalyse wurde mit dem System von Prewave (www.prewave.com) folgendermaßen durchgeführt:

Prewave stuft die vom Unternehmen mitgeteilten Zulieferer in unterschiedliche Risikograde ein. Dies geschieht auf Basis einer Einordnung der Zulieferer (i) in risiko- und nicht-risikobehaftete Länder („country risk“) (betrachtet wird der Sitz des Vertragspartners) und (ii) je nach gelieferter Ware oder Dienstleistung in eine Risiko- oder Nicht-Risiko-Warengruppen-/Industriekategorie („commodity risk“) sowie (iii) auf Basis eines Web-Screening für ausgesuchte Lieferanten. Optional können in die Bewertung auch (iv) von den Lieferanten auszufüllende Selbstauskünfte und (v) vom Unternehmen mitgeteilte Informationen zu einzelnen Risikolieferanten mit einfließen.

Zu (i): Die country risks werden auf Basis von 11 verschiedenen öffentlich zugänglichen Indizes ermittelt und eingeteilt in no risk, low risk, mid risk, high risk, critical risk. Diese Indizes behandeln – soweit aus den Indizes ersichtlich – thematisch die im LkSG genannten menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken.

Zu (ii): Zur Bestimmung der commodity risks nutzt Prewave eigene vorrätige Daten zu über 100.000 Lieferanten. Diese Lieferanten werden in Industrien (ISIC Standard) und Warengruppen eingeordnet. Über die Zahl von 100.000 Lieferanten liegt Prewave eine Historie zu Vorfällen in den einzelnen Industrien und zu einzelnen Warengruppen vor. Über diese Häufigkeit von Vorfällen nimmt Prewave ebenfalls eine Bewertung nach no risk, low risk, mid risk, high risk und critical risk vor.

Zu (iii): Darüber hinaus wird für ein gewisses Sortiment an Lieferanten ein KI-gestütztes Web-Screening durchgeführt (idealerweise für die Lieferanten, die die höchsten Risiken aufweisen). Dabei wird in Sozialen Medien, Nachrichten und über andere online verfügbare Informationen auf Basis einer Lieferanten-Schlagwort und Risiko-Schlagwortsuche geprüft, ob und welche Meldungen es zu den einzelnen Lieferanten gibt. Meldungen werden dem Nutzer als sogenannte „Risk Alerts“ mitgeteilt.

Zu (iv): Optional kann die Risikoidentifizierung auch noch um die Ergebnisse aus Lieferanten-

selbstauskünften ergänzt werden, die die Risikolieferanten auszufüllen haben. Dazu hat Prewave eigene Fragebögen entwickelt zu den Themen „Working conditions and human rights“, „Health and Safety“ und „Environment“.

Zu (v): Optional kann das Unternehmen Prewave einzelne Risikozulieferer benennen, z.B. auf Grund etwaiger unternehmensintern bekannter negativer menschenrechtlicher oder umweltbezogener Vorfälle im Sinne des LkSG, denen dann ebenfalls ein gewisses Risiko zugewiesen wird.

- Die Ergebnisse aus (i) bis (iii) bzw. optional zusätzlich (iv) und (v) werden sodann kombiniert und bilden zusammen genommen den sogenannten 360 Grad Risk Score des Lieferanten.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurden im Berichtszeitraum auch anlassbezogene Risikoanalysen durchgeführt?

- Nein

Begründen Sie Ihre Antwort.

Keine substantiierte Kenntnis oder wesentliche Veränderungen der Risikolage

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) im eigenen Geschäftsbereich ermittelt?

- Keine

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Ergebnisse der Risikoermittlung

Welche Risiken wurden im Rahmen der Risikoanalyse(n) bei unmittelbaren Zulieferern ermittelt?

- Verbot der Beauftragung oder Nutzung privater/öffentlicher Sicherheitskräfte, die aufgrund mangelnder Unterweisung oder Kontrolle zu Beeinträchtigungen führen können
- Missachtung von Arbeitsschutz und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren
- Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlage durch Umweltverunreinigungen
- Missachtung der Koalitionsfreiheit - Vereinigungsfreiheit & Recht auf Kollektivverhandlungen
- Widerrechtliche Verletzung von Landrechten
- Verbot von Zwangsarbeit und aller Formen der Sklaverei
- Verbot der Ungleichbehandlung in Beschäftigung
- Verbot von Kinderarbeit
- Verbot des Vorenthaltens eines angemessenen Lohns
- Verbotene Produktion und/oder Verwendung von Stoffen im Anwendungsbereich des Stockholmer Übereinkommens (POP) sowie nicht umweltgerechter Umgang mit POP-haltigen Abfällen
- Verbotene Ein-/Ausfuhr gefährlicher Abfälle im Sinne des Basler Übereinkommens
- Verbotene Herstellung, Einsatz und/oder Entsorgung von Quecksilber (Minamata-Übereinkommen)

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B1. Durchführung, Vorgehen und Ergebnisse der Risikoanalyse

Wurden die im Berichtszeitraum ermittelten Risiken gewichtet und ggf. priorisiert und wenn ja, auf Basis welcher Angemessenheitskriterien?

- Ja, auf Basis der zu erwarteten Schwere der Verletzung nach Grad, Anzahl der Betroffenen und Unumkehrbarkeit
- Ja, auf Basis des eigenen Einflussvermögens
- Ja, auf Basis der Wahrscheinlichkeit des Eintritts
- Ja, auf Basis der Art und Umfang der eigenen Geschäftstätigkeit
- Ja, auf Basis der Art des Verursachungsbeitrags

Beschreiben Sie näher, wie bei der Gewichtung und ggf. Priorisierung vorgegangen wurde und welche Abwägungen dabei getroffen worden sind.

Das Risiko des einzelnen Lieferanten (Ergebnis aus dem 360 Grad Risk Score) wird sodann unter den Kriterien Einflussvermögen und Verursachungsbeitrag betrachtet. Über das Ergebnis des 360 Grad Risk Score zusammen mit der Bestimmung des Einflussvermögens und des Verursachungsbeitrags wird so den identifizierten Risiken eine Handlungspriorität zugewiesen, (sog. Action Priority). Diese Priorisierung kann der Nutzer als Grundlage für die Entscheidung nutzen, wann und welche Präventions- und Abhilfemaßnahmen zu treffen sind. Die Handlungsempfehlungen von Prewave ersetzen nicht die Eigenverantwortlichkeit des Nutzers, selbst zu prüfen und zu entscheiden, ob und welche Präventions- und Abhilfemaßnahmen er in seinem konkreten Unternehmen unter dem LkSG zu ergreifen hat. Eine aussagekräftige Gewichtung und Priorisierung erfordert eine Auseinandersetzung des Nutzers mit den Angemessenheitskriterien und die Richtigkeit der zur Verfügung gestellten Daten.

Das Kriterium „Einflussvermögen“ wird bestimmt durch (i) soweit bekannt das Verhältnis zwischen Auftragsvolumen des Unternehmens und Gesamtumsatz des Lieferanten und / oder (ii) durch eine vom Unternehmen selbst vorgenommene Einteilung in kritisches, hohes, mittleres und niedriges Einflussvermögen auf den jeweiligen Lieferanten (abhängig z.B. davon, ob das Risiko bei einem unmittelbaren oder bei einem mittelbaren Zulieferer entsteht).

Der Verursachungsbeitrag wird bestimmt durch eine vom Nutzer selbst getroffene Einteilung, ob ein Verursachungsbeitrag, z.B. auf Grund einseitiger vertraglicher Anforderungen an den Zulieferer, vorliegt oder nicht.

Die Kriterien „Art und Umfang der Geschäftstätigkeit“, "Schwere des Risikos / der Verletzung" und "Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos" finden über das Ergebnis des 360 Grad Risk Score Einfluss in die Priorisierung. „Art und Umfang der Geschäftstätigkeit“ werden insbesondere berücksichtigt in den oben beschriebenen commodity risks (Anfälligkeit über Industrie- und Warengruppenrisiken) und über eine Einstufung des Unternehmens selbst (z.B. mit Blick auf die eigene Unternehmensgröße etc.). Die „Schwere des Risikos / der Verletzung“ wird insbesondere

berücksichtigt (i) beim Web-Screening über die Art und Häufigkeit der Alerts (z.B. wie viele Menschen sind betroffen?) und (ii) bei den country und commodity risks über die Kategorisierung der menschenrechtlichen und umweltbezogenen Risiken in verschiedene Kritikalitäten (siehe oben; Beispiel: Kinderarbeit wiegt schwerer als ein einmaliger Verstoß gegen das Streikrecht). Die "Eintrittswahrscheinlichkeit des Risikos" wird insbesondere berücksichtigt (i) beim Webscreening (z.B. gibt es Informationen zur mangelhaften Performance des Zulieferers?) und (ii) über vom Unternehmen mitgeteilte Informationen (z.B. wurden Präventionsmaßnahmen ergriffen, die Einfluss auf die Eintrittswahrscheinlichkeit haben können?).

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Welche Risiken wurden im Berichtszeitraum im eigenen Geschäftsbereich priorisiert?

- Keine

Falls keine Risiken ausgewählt wurden, begründen Sie Ihre Antwort.

N/A, keine Risiken festgestellt

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B2. Präventionsmaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken im eigenen Geschäftsbereich umgesetzt?

- Andere/weitere Maßnahmen: Überarbeitung des Unternehmensweiten Code of Conduct, Veröffentlichung der Grundsatzerklärung, Schulung von ausgewählten Mitarbeitenden, Austausch und Engagement in Brancheninitiativen, Festlegung klarer Verantwortlichkeiten und einer Governance-Struktur

Beschreiben Sie die umgesetzten Maßnahmen und spezifizieren Sie insbesondere den Umfang (z.B. Anzahl, Abdeckung/Geltungsbereich).

Schulungen und Weiterbildungen

Awareness trainings: Ja, für die Teilnehmenden der Arbeitsgruppe Menschenrechte über Prewave

Risikobasierte Kontrollmaßnahmen

Self-Assessments: Ja, über Fragebögen in Prewave

On-site Audits: No

Desk Audits: No

Media Monitoring: Yes

Andere/weitere Maßnahmen

Internal review: No

Supplier/Stakeholder engagement: No

Beschreiben Sie, inwiefern die Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Sensibilisierung der Belegschaft, Klare Prozesse und Ansprechpersonen, klare Erwartungen an unsere Lieferant:innen durch den Code of Conduct.

Die Ergebnisse der Maßnahmen werden bewertet und fließen in die Risikobewertung des eigenen Geschäftsbereichs ein ("Assessment Score" Komponente des 360° Risk scores). Eine Maßnahme mit positivem Ergebnis (wie z.B. absolvierte Schulung) trägt zur Verbesserung der Risikobewertung bei, eine Maßnahme mit negativem Ergebnis (wie z.B. ein Audit mit kritischen Findings) trägt zur Verschlechterung der Risikobewertung bei. Zusätzlich werden risikobehaftete Lieferanten bzw. Gesellschaften/Standorte des eigenen Geschäftsbereichs einem kontinuierlichen Medien monitoring unterzogen. Festgestellte Verletzungen (durch Medien monitoring, Beschwerdemechanismus oder sonstige Findings) tragen unmittelbar zur Verschlechterung der Risikobewertung bei. Die Riskobewertung reflektiert somit stets die aktuelle Risikolage und dient

als Grundlage um auf regelmäßiger Basis sowohl das Risikomanagement, als auch einzelne Maßnahmen, auf seine Wirksamkeit hin zu evaluieren.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Welche Risiken wurden für den Berichtszeitraum bei unmittelbaren Zulieferern priorisiert?

- Keine

Falls keine Risiken ausgewählt wurden, begründen Sie Ihre Antwort.

In der abstrakten Risikoanalyse gab es noch industrie- oder länderspezifische Risiken. In der konkreten Risikoanalyse, also auch unter Bezugnahme von Medieninformationen, konnten keine konkreten schwerwiegenden Risiken oder Vorfälle ermittelt werden.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B3. Präventionsmaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Welche Präventionsmaßnahmen wurden für den Berichtszeitraum zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken bei unmittelbaren Zulieferern umgesetzt?

- Einholen vertraglicher Zusicherung für die Einhaltung und Umsetzung der Erwartungen entlang der Lieferkette
- Andere/weitere Maßnahmen: Code of Conduct ist jetzt Teil der Einkaufsrichtlinie und muss zwingend bei neuen Kooperationen unterschrieben oder anerkannt werden. Alternativ muss eine gleichwertige Vereinbarung getroffen werden.

Andere Kategorien:

ausgewählt:

- Einholen vertraglicher Zusicherung für die Einhaltung und Umsetzung der Erwartungen entlang der Lieferkette
- Andere/weitere Maßnahmen

Beschreiben Sie, inwiefern die Maßnahmen zur Vorbeugung und Minimierung der prioritären Risiken angemessen und wirksam sind.

Ziel unserer Präventionsmaßnahmen ist es, einer etwaigen Verletzung einer menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflicht vorzubeugen, indem wir die Risiken minimieren, die durch unsere Geschäftstätigkeit verursacht werden oder zu denen wir beitragen.

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B5. Kommunikation der Ergebnisse

Wurden die Ergebnisse der Risikoanalyse(n) für den Berichtszeitraum intern an maßgebliche Entscheidungsträger:innen kommuniziert?

Es wird bestätigt, dass die Ergebnisse der Risikoanalyse(n) für den Berichtszeitraum intern gem. § 5 Abs. 3 LkSG an die maßgeblichen Entscheidungsträger:innen, etwa an den Vorstand, die Geschäftsführung oder an die Einkaufsabteilung, kommuniziert wurden.

- Bestätigt

B. Risikoanalyse und Präventionsmaßnahmen

B6. Änderungen der Risikodisposition

Welche Änderungen bzgl. prioritärer Risiken haben sich im Vergleich zum vorangegangenen Berichtszeitraum ergeben?

Nein, da kein Vorjahresbericht vorhanden - Erstberichterstattung

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C1. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen im eigenen Geschäftsbereich

Wurden im Berichtszeitraum Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt?

- Nein

Beschreiben Sie, anhand welcher Verfahren Verletzungen im eigenen Geschäftsbereich festgestellt werden können.

Für alle Gesellschaften und Standorte des eigenen Geschäftsbereichs werden folgende Verfahren zur Feststellung von Verletzungen angewandt:

- (1) Erhebung mittels Checklisten / Befragungen zu den geschützten Rechtspositionen,
- (2) Medienmonitoring des eigenen Geschäftsbereichs,
- (3) Beschwerdemechanismus
- (4) Sammlung sonstiger Findings (aus internen Audits, Besuchen, Inspektionen, Whistleblowing, etc.)

Die aus diesen Quellen gesammelten möglichen Vorfälle werden erfasst und einem mehrstufigen "Incident Review" (= Fallbearbeitung) unterzogen.

Im Rahmen des "Incident Reviews" wird zunächst geprüft wird ob es sich um tatsächlich festgestellte Vorfälle (festgestellte Verletzungen) handelt.

Wenn ja werden unter Berücksichtigung der gesetzlichen Angemessenheitskriterien die angemessenen Abhilfemaßnahmen bestimmt.

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Wurden für den Berichtszeitraum Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Ja

Beschreiben Sie, auf welcher Basis die festgestellten Verletzungen gewichtet und priorisiert wurden und welche Abwägungen dabei getroffen wurden.

Für festgestellte Vorfälle werden im Rahmen der Fallbearbeitung auf Basis der gesetzlichen Angemessenheitskriterien die angemessenen Abhilfemaßnahmen bestimmt. Die Angemessenheitskriterien (Schwere und Wahrscheinlichkeit, Einflussvermögen, Verursachungsbeitrag und Art/Umfang der Geschäftstätigkeit) bilden dabei die Grundlage zur Gewichtung und Priorisierung der des festgestellten Vorfalls sowie der einzuleitenden Abhilfemaßnahmen. Die Evaluierung der Angemessenheitskriterien je festgestelltem Vorfall wird dabei in der Fallbearbeitung ("Incident Review") im Rahmen einer Checkliste dokumentiert.

In welchen Themen wurden Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Sonstige Verbote: Medienmonitoring ergab Hinweis auf antisemitischen Content auf LinkedIn, der nicht schnell und konsequent genug gelöscht wurde

Geben Sie die Anzahl an (Optionale Angabe)

1

Beschreiben Sie die angemessenen Abhilfemaßnahmen, die Sie eingeleitet haben.

Anfrage mit Bitte um ein Statement wurde an LinkedIn versendet. LinkedIn hat jedoch nicht geantwortet

Beschreiben Sie, welche Abwägungen in Bezug auf die Auswahl und Gestaltung der Maßnahmen im Rahmen der entsprechenden Folgekonzepte zur Beendigung und Minimierung getroffen wurden

Die Ergebnisse der Maßnahmen werden bewertet und fließen in die Risikobewertung des eigenen Geschäftsbereichs ein ("Assessment Score" Komponente des 360° Risk scores). Eine Maßnahme mit positivem Ergebnis (wie z.B. absolvierte Schulung) trägt zur Verbesserung der Risikobewertung bei, eine Maßnahme mit negativem Ergebnis (wie z.B. ein Audit mit kritischen Findings) trägt zur Verschlechterung der Risikobewertung bei. Zusätzlich werden risikobehaftete Lieferanten bzw. Gesellschaften/Standorte des eigenen Geschäftsbereichs einem kontinuierlichen Medien monitoring unterzogen. Festgestellte Verletzungen (durch Medien monitoring,

Beschwerdemechanismus oder sonstige Findings) tragen unmittelbar zur Verschlechterung der Risikobewertung bei. Die Risikobewertung reflektiert somit stets die aktuelle Risikolage und dient als Grundlage um auf regelmäßiger Basis sowohl das Risikomanagement, als auch einzelne Maßnahmen, auf seine Wirksamkeit hin zu evaluieren.

Beschreiben Sie, wie die Wirksamkeit der Abhilfemaßnahmen überprüft wird.

Überprüfung der Wirksamkeit in diesem Fall nicht möglich, weil keine Antwort vom Dienstleister. Schwere des Falles wurde überprüft und es wurde auf weitere Maßnahmen verzichtet.

Haben die Abhilfemaßnahmen zur Beendigung der Verletzung geführt?

- Nein

Erläutern Sie.

Keine Antwort vom Dienstleister, unser Impact auf das Unternehmen ist auch gering

Haben Sie analysiert, inwieweit die identifizierte Verletzung ein Hinweis auf eine mögliche Anpassung/Ergänzung bestehender Präventionsmaßnahmen ist? Beschreiben Sie den Prozess, die Ergebnisse und Auswirkungen.

Nein

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Sofern es für den Berichtszeitraum Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern gab, die nicht innerhalb eines absehbaren Zeitraums beendet werden konnten:

Beschreiben Sie die Fälle, in denen Verletzungen nicht beendet werden konnten.

Die Vorfälle betreffen Unternehmen, mit denen wir zusammenarbeiten, allerdings auf globaler Ebene. Unser Impact auf diese Dienstleister ist zu gering, als das wir uns hier eine Veränderung versprechen. Die Fälle wurden durch die Medienanalyse identifiziert und haben keinen direkten Einfluss auf Scout24 oder unsere Geschäftsbeziehungen.

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Sofern es für den Berichtszeitraum Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern gab, die nicht innerhalb eines absehbaren Zeitraums beendet werden konnten:

Beschreiben Sie, welche langfristigen Abhilfemaßnahmen ergriffen wurden, insbesondere welche Abwägungen in Bezug auf die Auswahl und Gestaltung der Maßnahmen im Rahmen der entsprechenden Folgekonzepte zur Beendigung und Minimierung getroffen wurden.

Keine

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Sofern es für den Berichtszeitraum Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern gab, die nicht innerhalb eines absehbaren Zeitraums beendet werden konnten:

Beschreiben Sie, wie die Wirksamkeit der Abhilfemaßnahmen überprüft wird.

/

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Sofern es für den Berichtszeitraum Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern gab, die nicht innerhalb eines absehbaren Zeitraums beendet werden konnten:

Beschreiben Sie, wie der konkrete Zeitplan des Konzepts aussieht.

/

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Sofern es für den Berichtszeitraum Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern gab, die nicht innerhalb eines absehbaren Zeitraums beendet werden konnten:

Benennen Sie, welche Maßnahmen bei der Erstellung und Umsetzung des Konzepts in Betracht gezogen wurden.

- Andere: Kein Konzept

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C2. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei unmittelbaren Zulieferern

Sofern es für den Berichtszeitraum Verletzungen bei unmittelbaren Zulieferern gab, die nicht innerhalb eines absehbaren Zeitraums beendet werden konnten:

In wie vielen Fällen wurde aufgrund der Verletzungen die Geschäftsbeziehung zu einem oder mehreren unmittelbaren Zulieferern abgebrochen?

0

C. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen

C3. Feststellung von Verletzungen und Abhilfemaßnahmen bei mittelbaren Zulieferern

Wurden im Berichtszeitraum Verletzungen bei mittelbaren Zulieferern festgestellt?

- Nein

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

In welcher Form wurde für den Berichtszeitraum ein Beschwerdeverfahren angeboten?

- Unternehmenseigenes Beschwerdeverfahren

Beschreiben Sie das unternehmenseigene Verfahren und/oder das Verfahren an dem sich Ihr Unternehmen beteiligt.

Verfahrensordnung zum Beschwerdeverfahren gemäß Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG)

Die Scout24 SE ("Scout24") übernimmt Verantwortung für die Achtung und Stärkung international anerkannter Menschenrechte innerhalb ihrer eigenen Geschäftsbereiche und durch ein angemessenes Management ihrer Lieferketten. Scout24 setzt sämtliche Anforderungen des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes (LkSG) um, um menschenrechtliche und umweltbezogene Sorgfaltspflichten zu erfüllen, und hält deren Umsetzung nach. Um Hinweise auf mögliche menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken oder Verletzungen entgegenzunehmen, stellt die Etablierung eines effektiven Beschwerdeverfahrens ein entscheidendes Element dieser Sorgfaltspflichten dar.

Die vorliegende Verfahrensordnung informiert über die wesentlichen Merkmale des Beschwerdeverfahrens, den Zugang zum Verfahren bzw. dessen Erreichbarkeit sowie die Zuständigkeiten. Des Weiteren informiert sie darüber, wie eingehende Hinweise und Beschwerden bearbeitet werden. Scout24 ist es wichtig, diese Informationen verständlich und nachvollziehbar darzustellen und größtmögliche Transparenz über den Prozess zu schaffen.

Was ist der Zweck des Beschwerdeverfahrens?

Das Beschwerdeverfahren soll jeder Person oder Personengruppe die Möglichkeit bieten, relevante Beschwerden oder Hinweise gegenüber Scout24 einreichen zu können und somit auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken gemäß LkSG aufmerksam zu machen. Es fungiert somit als Frühwarnsystem. Personen oder Personengruppen erhalten aber auch die Möglichkeit, über den Verdacht einer Rechtsverletzung zu informieren, sodass Schäden unmittelbar abgewendet oder minimiert und der Zugang zu angemessener Abhilfe gewährleistet werden können.

An wen richtet sich das Beschwerdeverfahren? Wer kann Beschwerden oder Hinweise abgeben?

Jede Person oder Personengruppe ist berechtigt, Hinweise oder Beschwerden in Bezug auf potenzielle menschenrechtliche oder umweltbezogene Risiken und Verstöße zu melden, gleichgültig, ob dies im In- oder Ausland geschieht.

Welche Arten von Hinweisen oder Beschwerden können abgegeben werden?

Das Beschwerdeverfahren ermöglicht Personen auf menschenrechtliche und umweltbezogene Risiken sowie auf Verletzungen menschenrechts- oder umweltbezogener Pflichten hinzuweisen, die durch das wirtschaftliche Handeln von Scout24 und ihrer verbundenen Unternehmen im eigenen Geschäftsbereich oder in der Lieferkette entstanden sind.

Wie kann ich Beschwerden oder Hinweise abgeben?

Beschwerden und Hinweise können jederzeit in deutscher oder englischer Sprache an unsere externen Vertrauensanwälte übermittelt werden:

Dr. David Albrecht

Telefon: 0049 30 31 86 85 79

Sophia Hoffmeister Telefon:

+49 30 31 86 85

E-Mail:

compliance-scout24@fs-pp.de

Wer anonym Beschwerden oder Hinweise einreichen möchte, kann über das BKMS® System Kontakt zum Vertrauensanwalt von Scout24 aufnehmen. Das BKMS® System ist ein bei vielen großen Unternehmen, Organisationen und auch Polizeibehörden erprobtes internetbasiertes Meldesystem, das in bestmöglicher Weise gesichert ist und die Rückverfolgbarkeit von Meldungen ausschließt.

Unser Hinweissystem ermöglicht somit einen Weg, auf dem die hinweisgebende Person vertraulich und bei Bedarf anonym mit Scout24 kommunizieren kann. Die Einhaltung aller einschlägigen datenschutzrechtlichen Bestimmungen wird hierbei gewährleistet.

Anfragen, die nicht in den Geltungsbereich dieses Beschwerdeverfahrens fallen, wie z.B. Werbung oder Kundenservice-Anfragen, werden nicht weitergeleitet und nicht beantwortet.

Wer bearbeitet die Beschwerden und Hinweise?

Beschwerden oder Hinweise werden von unserem externen Vertrauensanwalt entgegengenommen und dann an ausgewählte Mitarbeiter:innen von Scout24 vertraulich weitergegeben und von diesen bearbeitet. Alle Mitarbeiter:innen, die für die Bearbeitung zuständig sind, verfügen über folgende Eigenschaften:

Sie sind

unparteiisch,

unabhängig,

an Weisungen nicht gebunden,

zur Verschwiegenheit verpflichtet,

entsprechend geschult,

mit ausreichend zeitlichen Ressourcen ausgestattet.

Wie läuft das Beschwerdeverfahren ab?

- Nachdem eine Beschwerde oder ein Hinweis eingegangen ist, erhält die hinweisgebende Person

eine Bestätigung. Diese Eingangsbestätigung erfolgt innerhalb von zwei Wochen. Während des gesamten Verfahrens stehen Scout24 bzw. die betroffenen verbundenen Unternehmen mit der hinweisgebenden Person in Kontakt, sofern dies gewünscht ist und eine entsprechende Kontaktmöglichkeit besteht.

Die Beschwerden oder Hinweise werden zunächst grundsätzlich geprüft, ob der gemeldete Sachverhalt ein menschenrechtliches oder umweltbezogenes Risiko oder eine Verletzung von menschenrechts- oder umweltbezogenen Pflichten darstellt. Hierbei wird auch geprüft, welches Scout24-Unternehmen oder welche:r Lieferant:in von der Meldung betroffen ist. Anschließend wird die Beschwerde bzw. der Hinweis anonymisiert an die zuständige Stelle, z.B. innerhalb eines Unternehmens, übergeben.

Der nächste Schritt ist die Klärung des Sachverhalts, die grundsätzlich innerhalb von drei Monaten erfolgt. Wird dabei festgestellt, dass eine Verletzung von menschenrechts- und/oder umweltbezogenen Pflichten unmittelbar bevorsteht bzw. bereits stattgefunden hat, werden unverzüglich Abhilfemaßnahmen eingeleitet.

Die mit dem Beschwerdeverfahren befassten Mitarbeitenden verfolgen nach, ob und inwieweit die Abhilfemaßnahmen umgesetzt werden.

Abschließend wird auf Basis der Erkenntnisse der Sachverhaltsklärung ein Vorschlag zur weiteren Vorgehensweise erarbeitet.

Wie werden hinweisgebende Personen vor Benachteiligung und Repressalien aufgrund einer Beschwerde oder eines Hinweises geschützt?

Der Schutz von hinweisgebenden Personen vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund von abgegebenen Beschwerden oder Hinweisen ist ein wichtiger Bestandteil unseres Beschwerdeverfahrens.

Folgende Maßnahmen dienen dem Schutz der hinweisgebenden Personen:

Alle Beschwerden und Hinweise werden nur von ausgewählten Mitarbeiter:innen bearbeitet.

Alle Informationen, wie beispielsweise personenbezogene Daten und sonstige Informationen, die Rückschlüsse auf die Identität der hinweisgebenden Person ermöglichen, werden vertraulich behandelt. Dies gilt auch nach Abschluss des Verfahrens.

- Gemäß den gesetzlichen Vorgaben werden die unternehmensinternen Dokumentationen für sieben Jahre aufbewahrt und danach vernichtet. Scout24 schützt hinweisgebende Personen im Rahmen unseres rechtlichen Einflusses vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund einer Beschwerde.

Stand: 17.01.2025

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

Welche potenziell Beteiligten haben Zugang zu dem Beschwerdeverfahren?

- Eigene Arbeitnehmer
- Gemeinschaften in der Nähe von eigenen Standorten
- Arbeitnehmer bei Zulieferern
- Externe Stakeholder wie NGOs, Gewerkschaften, etc
- Sonstige: Die Öffentlichkeit, weil öffentlich für alle zugänglich

Wie wird der Zugang zum Beschwerdeverfahren für die verschiedenen Gruppen von potenziell Beteiligten sichergestellt?

- Öffentlich zugängliche Verfahrensordnung in Textform
- Informationen zur Erreichbarkeit
- Informationen zur Zuständigkeit
- Informationen zum Prozess
- Sämtliche Informationen sind klar und verständlich
- Sämtliche Informationen sind öffentlich zugänglich

Öffentlich zugängliche Verfahrensordnung in Textform

Optional: Beschreiben Sie.

https://www.scout24.com/media/scout24/Investor_Relations/Corporate_Governance/Verfahrensordnung_Beschwerdeverfahren/Scout24_Verfahrensordnung_LkSG_Update_Vertrauensanwalt_DE.pdf

Informationen zur Erreichbarkeit

Optional: Beschreiben Sie.

-

Informationen zur Zuständigkeit

Optional: Beschreiben Sie.

-

Informationen zum Prozess

Optional: Beschreiben Sie.

-

Sämtliche Informationen sind klar und verständlich

Optional: Beschreiben Sie.

-

Sämtliche Informationen sind öffentlich zugänglich

Optional: Beschreiben Sie.

-

D. Beschwerdeverfahren

D1. Einrichtung oder Beteiligung an einem Beschwerdeverfahren

War die Verfahrensordnung für den Berichtszeitraum öffentlich verfügbar?

Verfahrensordnung liegt vor, siehe Upload

D. Beschwerdeverfahren

D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren

Geben Sie die für das Verfahren zuständigen Person(en) und deren Funktion(en) an.

Die Zuständigkeit für das Beschwerdeverfahren liegt im Scout24 Compliance-Team. Anonyme Anfragen oder Hinweise können auch über einen bestellten externen Vertrauensanwalt eingereicht werden.

Es wird bestätigt, dass die in § 8 Abs. 3 LkSG enthaltenen Kriterien für die Zuständigen erfüllt sind, d. h. dass diese die Gewähr für unparteiisches Handeln bieten, unabhängig und an Weisungen nicht gebunden und zur Verschwiegenheit verpflichtet sind

- Bestätigt

D. Beschwerdeverfahren

D2. Anforderungen an das Beschwerdeverfahren

Es wird bestätigt, dass für den Berichtszeitraum Vorkehrungen getroffen wurden, um potenziell Beteiligte vor Benachteiligung oder Bestrafung aufgrund einer Beschwerde zu schützen.

- Bestätigt

Beschreiben Sie, welche Vorkehrungen getroffen wurden, insbesondere wie das Beschwerdeverfahren die Vertraulichkeit der Identität von Hinweisgebenden gewährleistet.

Die Verfahrensanweisung dient dem Schutz hinweisgebender Personen. Diese sollen aufgrund dieser Verfahrensanweisung Rechts- oder Regelverstöße vertraulich melden können, ohne negative Folgen für sich selbst befürchten zu müssen. Mit ihr wird ein geordnetes Verfahren der Behandlung von Hinweisen sichergestellt. Sie dient zudem der Gewährleistung einer datenschutzkonformen Behandlung personenbezogener Daten aus dem Hinweisgebersystem und dem nachfolgenden Verfahren unter Beachtung der Rechte der hinweisgebenden Person sowie der Personen, auf die sich Hinweise beziehen.

Beschreiben Sie, welche Vorkehrungen getroffen wurden, insbesondere durch welche weiteren Maßnahmen Hinweisgebende geschützt werden.

Der hinweisgebenden Person steht zur freien Wahl, ob sie sich mit der Meldung an die Scout24 Compliance-Abteilung oder an die Vertrauensanwält:innen (auch anonym) richten. Hinweispersonen haben auch die Möglichkeit, über das BKMS® System Kontakt zu den Vertrauensanwälten aufzunehmen. Das BKMS® System ist ein bei vielen großen Unternehmen und Organisationen und auch Polizeibehörden erprobtes internetbasiertes Meldesystem, das in bestmöglicher Weise gesichert ist und die Rückverfolgbarkeit von Meldungen ausschließt. Es steht ebenfalls für Hinweise im Sinne des Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes zur Verfügung.

D. Beschwerdeverfahren

D3. Umsetzung des Beschwerdeverfahrens

Sind im Berichtszeitraum über das Beschwerdeverfahren Hinweise eingegangen?

- Nein

E. Überprüfung des Risikomanagements

Existiert ein Prozess, das Risikomanagement übergreifend auf seine Angemessenheit und Wirksamkeit hin zu überprüfen?

In welchen nachfolgenden Bereichen des Risikomanagements wird auf Angemessenheit und Wirksamkeit geprüft?

- Ressourcen & Expertise
- Prozess der Risikoanalyse und Priorisierung
- Präventionsmaßnahmen
- Abhilfemaßnahmen
- Beschwerdeverfahren
- Dokumentation

Beschreiben Sie, wie diese Prüfung für den jeweiligen Bereich durchgeführt wird und zu welchen Ergebnissen sie – insbesondere in Bezug auf die priorisierten Risiken - geführt hat.

Nach Abschluss der Risikoanalyse werden alle angegebenen Prozessschritte auf ihre Aktualität und Wirksamkeit zur Ermittlung von Risiken und Vorfällen überprüft. Sollten Änderungen notwendig sein, werden die Prozesse entsprechend angepasst. Die Ergebnisse der Risikoanalyse und etwaige Anpassungen werden in der Arbeitsgruppe, die sich zweimonatlich trifft, diskutiert.

E. Überprüfung des Risikomanagements

Existieren Prozesse bzw. Maßnahmen, mit denen sichergestellt wird, dass bei der Errichtung und Umsetzung des Risikomanagements die Interessen Ihrer Beschäftigten, der Beschäftigten innerhalb Ihrer Lieferketten und derjenigen, die in sonstiger Weise durch das wirtschaftliche Handeln Ihres Unternehmens oder durch das wirtschaftliche Handeln eines Unternehmens in Ihren Lieferketten in einer geschützten Rechtsposition unmittelbar betroffen sein können, angemessen berücksichtigt werden?

In welchen Bereichen des Risikomanagements existieren Prozesse bzw. Maßnahmen um die Interessen der potenziell Betroffenen zu berücksichtigen?

- Weitere: Doppelte Wesentlichkeitsanalyse nach CSRD sowie internes Risikomanagement

Beschreiben Sie die Prozesse bzw. Maßnahmen für den jeweiligen Bereich des Risikomanagements.

Jährliche doppelte Wesentlichkeitsanalyse nach CSRD (konform) sowie internes Risikomanagement, das jedes Jahr mit den Ergebnissen aktualisiert wird